

Jahreswirtschaftsbericht Indien 2007/8

Teil I – *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage*

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft Indiens

Mit 9 % Wachstum im abgelaufenen Haushaltsjahr 2007/8 (durchschnittlich 8,8% in den letzten 5 Jahren) ist Indien die nach China weltweit am stärksten expandierende Volkswirtschaft. Bei derzeit 1,1 Mrd. Einwohnern wird es bis zur Mitte des Jahrhundert voraussichtlich nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde sein, sondern auch mit seinem Bruttoinlandsprodukt nach China und USA an dritter Stelle liegen.

Ungeachtet dieses beeindruckenden Wachstums bleibt Indien mit einem durchschnittlichen jährlichen Prokopfeinkommen von nur 793 USD und enormen Defiziten in der sozialen Infrastruktur weiterhin ein Entwicklungsland, in dem 28% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 1 USD pro Kopf/Tag leben und mehr als 50% von weniger als 2 USD. Auf dem Human Development Index der UNDP konnte sich Indien gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig von Platz 126 auf 128 von 177 erfassten Staaten verbessern. Während es weltweit die meisten Millionäre und Milliardäre beheimatet, liegt es bei vielen Sozialindikatoren deutlich unter den Durchschnittswerten von Subsahara-Afrika. Krasseste Gegensätze prägen weiterhin das wirtschaftliche Erscheinungsbild des Landes.

Die Hochwachstumsphase der letzten Jahre hat die regionalen Entwicklungsunterschiede auf dem Subkontinent und vor allem das zunehmende Einkommensgefälle zwischen der expandierenden städtischen Mittelschicht und der überwiegend armen Bevölkerung auf dem Lande, wo noch knapp 70% aller Inder leben, schärfer hervortreten lassen. Dort stagnieren die Realeinkommen bestenfalls. Auch sind die erhofften massiven Beschäftigungseffekte des Wachstums bislang unter dem Strich ebenso ausgeblieben wie nachhaltige Auswirkungen auf die Strukturen der indischen Volkswirtschaft, die sich von denen anderer dynamisch wachsender Schwellenländer z.T. maßgeblich unterscheiden.

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg Indiens und die Überwindung des trotz anhaltend hoher Geburtenraten lange schwachen Wachstums („Hindu rate of growth“) war die sukzessive Deregulierung und Öffnung der indischen Volkswirtschaft nach der Finanzkrise von 1991. Die Grundrichtung dieser Reformen ist seither von keiner der in Delhi regierenden Koalitionen infrage gestellt worden, wenngleich Tempo und konsequente Umsetzung der einzelnen Maßnahmen mitunter stark oszillierten. Auch die seit 2004 regierende Congress-Minderheitskoalition unter Premierminister Manmohan Singh hat Privatisierung, Deregulierung und die weltwirtschaftliche Integration des Landes zunächst weiter vorangetrieben, in letzter Zeit jedoch angesichts starker Popularitätseinbußen in der Bevölkerung und politischer Blockade durch die die Regierung tolerierenden Kommunisten zunehmend an Handlungsfähigkeit verloren. Bis zu den nächsten Wahlen (spätestens) im Mai 2009 ist kaum noch mit nennenswerten Reformschritten zu rechnen.

2. Struktur der Wirtschaft

Zu den Hauptcharakteristika der indischen Volkswirtschaft gehört das Mißverhältnis zwischen BIP- und Beschäftigungsanteil bei Landwirtschaft und Dienstleistungen (mit umgekehrten Vorzeichen) und eine vergleichsweise geringe Bedeutung der verarbeitenden

Industrie. Die überwiegende Mehrheit der indischen Bevölkerung lebt in überkommenen ländlich-agraren Strukturen, wird wirtschaftlich jedoch zunehmend marginalisiert. Der BIP-Anteil der Landwirtschaft sinkt seit Jahren kontinuierlich und beträgt nur noch 17,8%. Angesichts gravierenden Kapitalmangels, viel zu kleiner Flächen, stagnierender Erträge und fehlender Absatzstrukturen bleibt der Sektor, von dem weiterhin über die Hälfte aller Inder direkt abhängen (Beschäftigungsanteil 52%) , Hauptsorge jeder indischen Regierung. Wachstum und Wohlstand verdanken sich hingegen vor allem dem Dienstleistungssektor (55% BIP), wovon aber bei einem Beschäftigungsanteil von 25% nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Die zur Überwindung der Massenarmut notwendige massive Schaffung neuer, vor allem auch un- und niedrig qualifizierter Arbeitsplätze kann aus Sicht der Regierung am ehesten in der Industrie bzw. im verarbeitenden Gewerbe erfolgen, doch stagniert hier der BIP-Anteil bei 26,6%. Ein Haupthindernis für die Ansiedlung neuer beschäftigungsintensiver Industrien ist das verkrustete Arbeitsrecht, das Entlassungen in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten faktisch unmöglich macht. Dies wiederum ist ein wesentlicher Grund dafür, dass nur ca. 8% aller Beschäftigten in einem vertraglich geregelten Arbeitsverhältnis stehen. Die übrigen 92 % (in 98% aller Betriebe mit einem geschätzten BIP-Anteil von 60%) werden dem sog. „informellen Sektor“ zugerechnet - sie sind nicht gegen Krankheit oder Arbeitsunfälle abgesichert, haben keinen Anspruch auf soziale Leistungen und zahlen auch keine Steuern.

Neben der dynamisch expandierenden Privatwirtschaft, deren Investitionen entscheidend zur hohen Gesamtinvestitionsrate von 35,9 % BIP (2006/7) beitragen, bleiben eine Reihe von Sektoren (insb. Öl, Gas, Kohle; Schwerindustrie; Transportwesen, Banken und Versicherungen) weitgehend von öffentlichen Unternehmen unter direkter oder indirekter Kontrolle der Regierung dominiert. Mehrere Anläufe der reformerischen Kräfte in der Regierung, diese unter Nehru und Indira Gandhi herausgebildeten Strukturen wenigstens in kleinen Schritten aufzubrechen, sind bisher am Widerstand der Linken oder sonstigen koalitionsären Rücksichtnahmen gescheitert. Auch hier wird es zumindest bis zu den Wahlen keinerlei Bewegung mehr geben.

3. Wirtschaftsklima

Die schiere Größe der indischen Volkswirtschaft, Demographie und und anhaltend hohes Wachstum machen den Subkontinent zu dem nach China wichtigsten Markt der Zukunft. Anders als in China treibt in Indien jedoch schon heute die Inlandsnachfrage die Entwicklung. Als wesentlicher Grund für die mittel- bis längerfristig hohen Wachstumsprognosen wird gemeinhin die sogenannte „Demographische Dividende“ angeführt. Bei langsam nachlassenden Geburtsraten wird der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren bis 2026 auf 68,4 % steigen. Dieses äußerst günstige Generationenverhältnis soll auch längerfristig hohe Sparraten (2006/7 34,8% BIP) ermöglichen, um privaten Konsum und Kapitalinvestitionen der Wirtschaft zu finanzieren. Die dafür nötigen Arbeitsplätze müssen größtenteils allerdings erst noch geschaffen werden, und diese Hypothese setzt auch massive öffentliche Investitionen in Bildung, Ausbildung und Gesundheitswesen voraus. Hier besteht in allen Bereichen enormer Nachholbedarf.

Gegenwärtig wird das Bild eher vom Paradox steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne in der breiten Masse einerseits und zunehmender Personalengpässe im qualifizierten und hochqualifizierten Bereich mit entsprechend stark steigenden Personalkosten andererseits geprägt, was in der für den Dienstleistungsexport wichtigen Informationstechnologie mit durchschnittlichen Lohnsteigerungen zwischen 14 und 17 % zu

Buche schlägt und bereits die internationale Wettbewerbsposition zu beeinträchtigen beginnt. Nur etwa 5% aller dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen verfügen nach Regierungsangaben über eine berufliche Qualifikation; bei den unter 30jährigen haben ganze 2 % eine formale Berufsausbildung absolviert. Während derzeit jedes Jahr knapp 13 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt strömen, wird die Zahl der landesweit zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nur auf 2,5 Mio. beziffert.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung sich im 11. Fünfjahresplan (2007/8 – 2011/12) zum Ziel gesetzt, die Ausgaben für schulische und berufliche Bildung auf 6% BIP zu verdoppeln. Zugleich wurde die Schaffung einer „National Skills Development Mission“ und die Formulierung einer „National Employment Policy“ beschlossen, um dem Phänomen des „jobless growth“ gezielt zu begegnen.

Gerade im Vergleich zu China sind die langfristigen Prognosen hier in jüngerer Zeit wieder kritischer geworden. Goldman & Sachs, deren bekannte „BRICS“-Studie 2003 Mitauslöser der weltweiten Indien-Euphorie war, sieht neben schlechter Infrastruktur, ineffizienter Verwaltung, Reformstau und anderen Problembereichen die gravierenden Defizite im Bereich Humankapital mittlerweile als größte Gefahr für die Ausschöpfung des indischen Wachstumspotentials.

Einstweilen kann die Regierung jedoch weiterhin auf stark steigende Auslandsinvestitionen als Beleg für das ungebrochene Vertrauen in den Markt und Standort Indien verweisen. Mit einem Umfang von knapp 25 Mrd. USD stiegen diese im Haushaltsjahr 2007/8 erneut um 54%. Unter Einschluss der reinvestierten inländischen Gewinne summierten sich die ausländischen Direktinvestitionen in diesem Zeitraum sogar auf knapp 30 Mrd. USD. Das entspricht 6,4 % aller Bruttoinvestitionen und einen BIP-Anteil von etwa 3%.

4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

Im Zuge der 1991 eingeleiteten Reformen hat sich Indien auch zunehmend gegenüber dem Ausland geöffnet. In den meisten Bereichen der Wirtschaft sind mittlerweile ausländische Direktinvestitionen zugelassen, und die Obergrenzen für ausländische Beteiligungen wurden entweder ganz abgeschafft oder zunehmend ausgeweitet. Zu den wenigen Branchen, die für ausländisches Kapital weiterhin komplett gesperrt bleiben, gehören der Einzelhandel, die Rüstungsindustrie oder die Landwirtschaft sowie jene Handwerksbereiche, die in Indien den „small scale industries“ vorbehalten bleiben und wo industrielle Massenfertigung generell nicht zugelassen ist. Starke Begrenzungen für Ausländer bestehen ferner weiterhin z.B. bei Banken und Versicherungen oder auch im Transportwesen und in bestimmten Teilen der Energiewirtschaft. Neben einer vermeintlichen Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit sind es vor allem sozial- bzw. beschäftigungspolitische Vorbehalte insbesondere im linken Spektrum, die hier einer weiteren Öffnung für ausländische Investoren im Wege stehen. Von diesen Ausnahmen abgesehen, wurden auch die administrativen Verfahren erheblich vereinfacht und gestrafft, um ausländisches Engagement in Indien zu erleichtern. Anstelle der früheren Genehmigungspflicht ist für die Mehrzahl der Sektoren die bloße Anzeigepflicht (sog. „automatic route“) getreten. Während die Zentralregierung ein Investitionskomitee unter Vorsitz des Premierminister eingerichtet hat, ist auch zunehmend ein Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen zu spüren. Die Sektoren mit den höchsten Auslandsinvestitionen (seit 1991) sind IT und Elektronik, Dienstleistungen, Transportindustrie (hier vor allem Kfz.) und Energie.

Auch im Handel sieht sich Indien grundsätzlich auf der Gewinnerseite der Globalisierung. Seine weltwirtschaftliche Integration schreitet weiter voran: Der BIP-Anteil des Außenhandels erhöhte sich von 22,5 % 2000/1 auf 34,8 % im Fiskaljahr 2006/7. Indiens Exporte haben sich im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. Sein Anteil am Welthandel erreichte 2006 nach WTO-Angaben ca. 1,2% bei Waren und 2,7% bei Dienstleistungen, wo Indien weltweit bei den Exporten bereits Rang 10 einnimmt und das größte Wachstum aufweist. Der aggregierte Welthandelsanteil für Waren und Dienstleistungen lag 2006 bei 1,5% und soll bis 2009 die 2%-Grenze überschreiten.

Nach den vorläufigen Zahlen konnte trotz der Aufwertung der Rupie gegenüber dem US-Dollar der Export im Haushaltsjahr 2007/8 erneut um 23% auf 155 Mrd. US-Dollar gesteigert werden, während die Importe um 27% auf 236 Mrd. USD stiegen. Das wachsende Defizit in der Handels- und der Leistungsbilanz geht hauptsächlich auf die Verteuerung der Ölimporte und die anhaltend starke Nachfrage nach Kapitalgütern zurück.

Obwohl Indien seine angewandten Zölle in den letzten Jahren in der Summe kontinuierlich gesenkt hat, wehrt es sich im WTO-Rahmen weiterhin gegen eine verbindliche Übernahme entsprechender Verpflichtungen. Nicht nur im weiterhin stark zollgeschützten landwirtschaftlichen Bereich will Indien sich möglichst großen Spielraum bei der Festsetzung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (z.B. auch bei Stahl, Zement) bzw. -beschränkungen und -verboten (z.B. Reis, Zucker) als Mittel zur Marktregulierung vorbehalten. Zwar hat auch die WTO in ihrer handelspolitischen Überprüfung Indiens vom Mai 2007 die intransparente und häufig durch diskretionäre politische Eingriffe verzerrte Zoll- und Abgabenstruktur sowie die weite Schere zwischen gebundenen und angewandten Zöllen deutlich als Handelshemmnis kritisiert, doch dürfte im gegenwärtigen inflationären Umfeld kaum mit einem Verzicht der Regierung auf diese Hebel zu rechnen sein.

5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, konjunkturelle Lage

Nachdem das Ergebnis des Ende März 2008 abgelaufenen Fiskaljahres 2007/8 auf 9 % Wachstum nach oben nachkorrigiert werden konnte, gehen die derzeitigen Prognosen für das laufende Jahr von einer Abschwächung in der Spannweite zwischen 7 % (Weltbank) und 8,5 % (Zentralbank) aus. Neben der dramatischen Ölpreisentwicklung macht sich hier vor allem die verteuerte Kreditaufnahme für Betriebe und Haushalte aufgrund der sukzessiven Zinserhöhungen und Anhebungen der Mindestreserven durch die Zentralbank bemerkbar. Ferner wurden 2007 auch die Möglichkeiten der Unternehmen, im Ausland zinsgünstiger Kredit aufzunehmen, erheblich eingeschränkt, um den Kapitalzufluß und damit weiteren Aufwertungsdruck auf die Rupie bzw. auf die Preise zu begrenzen. Bei weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten können die ungewöhnlich hohen Gewinnmargen der letzten Jahre ohne einen neuen Investitionszyklus nicht gehalten werden. Die durchschnittlichen Nettogewinne der Unternehmen wuchsen 2007/8 nur noch um 30% - ein Jahr zuvor hatte dieser Gewinnzuwachs noch bei 47% gelegen. Damit steht auch weniger reinvestierbares Eigenkapital zu Verfügung.

Ohne fortgesetzt hohe Wachstumsraten und vor allem beschäftigungsintensive Investitionen im großen Umfang kann Indien sich nicht aus Armut und Unterentwicklung befreien und auch nicht die Arbeitslosigkeit abschütteln, die nach den letzten verfügbaren offiziellen Zahlen mit 8,3% angegeben wird, aber schon angesichts der Größe und mangelnden statistischen Erfassbarkeit des „informellen Sektors“ sehr viel höher liegen dürfte. Von den offiziellen Zahlen ausgehend, müßte die Beschäftigung jedes Jahr um fast 4 % steigen, um das im 11. Fünfjahresplan formulierte Ziel „Arbeit für alle“ bis 2012 zu erreichen. Aber

selbst nur 3 % Beschäftigungszuwachs, so die Berechnungen der Planungskommission, würden wiederum ein jährliches Wirtschaftswachstum von 9,3 % voraussetzen. Das seit Anfang 2008 spürbare starke Anziehen der Inflation, angefacht vor allem von der globalen Entwicklung der Öl- und der Nahrungsmittelpreise, aber auch von der Verteuerung anderer volkswirtschaftlich wichtiger Güter wie Stahl, Zement oder Dünger, impliziert für Regierung und Zentralbank zunehmend einen nicht auflösbaren Zielkonflikt zwischen Wachstum und Preisstabilität. Diese bröckelte ungeachtet aller zins- und geldpolitischen Korrekturmaßnahmen durch die Zentralbank weiter. Nachdem die hohen Verluste für den Staatshaushalt bzw. die staatlichen Energieunternehmen durch die Subventionierung der künstlich niedrig gehaltenen Verbraucherpreise für Benzin und Diesel ein nicht mehr tolerierbares Niveau erreicht hatten, rang sich die Regierung zu einer sehr moderaten Preiserhöhung durch – über die Kaskadeneffekte stieg die Inflation binnen zweier Wochen von zuvor 8,2 auf 11,4 %, d.h. den höchsten Wert seit 13 Jahren. Selbst unter Berücksichtigung der erwarteten guten Ernteergebnisse nach dem Monsun gehen alle Prognosen davon aus, dass die Inflationsrate bis zum Frühjahr sich nicht auf einen Wert unter 7% zurückführen lassen wird. Mit Blick auf die spätestens im Mai 2009 stattfindenden nächsten Wahlen wird die Bekämpfung der Inflation, die gerade die wahlentscheidenden einkommenschwachen Schichten überproportional trifft, für die Regierung eindeutige politische Priorität bleiben.

In Mumbai reagierte die erfolgsverwöhnte Börse auf die die jüngsten Inflationszahlen und die reduzierten Gewinnerwartungen der Unternehmen nervös. Der Aktienindex Sensex verlor zwischen Januar und Juni 2008 knapp ein Drittel seines Wertes. Die ausländischen Portfolio-Investitionen, die sich im Haushaltsjahr 2006/7 noch auf 7,1 Mrd. USD saldierten und in den folgenden sechs Monaten bis September 2007 dann steil um 18,3 Mrd. USD gestiegen waren, entwickeln sich unter diesen veränderten Bedingungen einstweilen rückläufig.

Teil II – *Wirtschaftspolitik*

Mit dem am 29. Februar 2008 vorgestellten Budget für das Haushaltjahr 2008/9, das wenige Wochen vor dem voraussichtlichen Wahltermin ablaufen wird, unterstrich Finanzminister Chidambaram noch einmal deutlich den Anspruch der UPA-Koalitionsregierung unter Führung der Congresspartei, als Anwalt des „kleinen Mannes“ (*aam aadmi*) zu agieren. Die Schwerpunkte des Haushalts spiegeln erneut die schon aus der Wahlkampfplattform der UPA von 2004 bekannten und z.T. unverändert in den 11. Fünfjahresplan übernommenen Grundlinien und Zielvorgaben wie die z.B. dauerhafte Steigerung des agraren Wachstums auf 4 % oder die Verdoppelung der Bildungsausgaben von 3% auf 6% BIP wieder.

Hauptschwerpunkte der staatlichen Ausgaben bleiben unverändert ländliche Entwicklung, eine verbesserte staatliche Grundversorgung bei Gesundheit und Bildung, Schaffung sozialer Sicherungssysteme und Ausbau der Infrastruktur, um alle Schichten der Bevölkerung am Wachstum teilhaben zu lassen („inclusive growth“).

Die anfänglichen Reformimpulse sind im vierten Jahr der Regierung von Manmohan Singh hingegen vollständig vererbt. Dies ist nicht nur auf den entschiedenen Widerstand der Kommunisten, auf deren Unterstützung die Regierung im Parlament angewiesen bleibt, gegen weitere Privatisierungs- oder Deregulierungsmaßnahmen zurückzuführen - das unerwartet starke Anziehen der Inflation und die Wahlniederlagen der Koalitionsparteien in mehreren Bundesstaaten haben das ihrige getan, von Reformvorhaben mit unsicherem Konsens in der breiten Bevölkerung Abstand zu nehmen und statt dessen lieber die soziale Agenda des

Regierungsprogramms durch populäre Maßnahmen wie den mit dem neuen Haushalt verkündeten Schuldenerlaß für Kleinbauern in den Vordergrund zu rücken.

1. Fiskalpolitik

Mit einem Ausgabevolumen von umgerechnet ca. 125 Mrd. Euro liegt der Unionshaushalt 2008/9 etwa 10% über dem Vorjahresbudget – der reale Zuwachs ist jedoch geringer, da die tatsächlichen Ausgaben im Fiskaljahr 2007/8 deutlich über dem ursprünglichen Ansatz lagen. Die darin vorgesehene Nettoneuverschuldung entspricht ca. 2,5% BIP. Damit würde die Regierung im Rahmen der vom Haushaltskonsolidierungsgesetz von 2003 (*Fiscal Responsibility and Budget Management Act, FRBMA*) vorgezeichneten Defizitgrenze von 3% bleiben. Doch liegt das tatsächliche zentralstaatliche Defizit wegen der außerbudgetären Subventionierung von Treibstoffen sowie von Nahrungs- und Düngemittel durch die Ausgabe von Bonds an die für die Verteilung zuständigen Staatsunternehmen etwa einen Prozentpunkt höher. Die Direktsubventionen summieren sich gegenwärtig auf insgesamt ca. 10 Mrd. €. Für kostspielige Maßnahmen wie den Schuldenerlaß für Bauern mit weniger als 2 Hektar Land (geschätzte Kosten: 10,7 Mrd. €), eine mögliche Umsetzung der im Frühjahr vorgelegten Empfehlungen der Gehaltskommission für den öffentlichen Dienst (geschätzte Kosten: 4,5 Mrd. €) sowie die Senkung der Abgaben auf Öl- und Treibstoffe (geschätzte Kosten: ca. 3,3 Mrd. €) besteht keine Einnahmedeckung. Ungeachtet der erneut über den Ansätzen liegenden Steuereinnahmen (2007/8 bei den direkten Steuern +31%) ist nicht unwahrscheinlich, dass das Budget in weiten Teilen Makulatur bleiben wird. Auch für das letzte Haushaltsjahr vor den Wahlen steht zu befürchten, dass die Bemühungen der Haushaltskonsolidierung sich wie im Vorjahr vor allem auf eine Kürzung öffentlicher Investitionen beschränken werden - sofern es sich nicht um Programme handelt, die für die Wählergunst ausschlaggebend sind.

Unter Berücksichtigung der Fiskaldefizite der Bundesstaaten, deren Ausgabenstruktur in den meisten Fällen eine ähnliche Schiefelage zugunsten von Personal- und anderen laufenden Kosten aufweist, wird für 2008/9 erneut ein gesamtstaatliches Defizit in der Größenordnung von 7 % erwartet. Auch Zentralbankchef Reddy wies warnend darauf hin, dass Indien nicht nur eines der weltweit höchsten Haushaltsdefizite aufweist, sondern auch bei Auslandsschulden und Gesamtverschuldung weiterhin in der Spitzengruppe rangiert.

Die hohen Fiskaldefizite der Vergangenheit haben die gesamtstaatliche Schuldenquote auf ca. 80% BIP steigen lassen, wobei die Zentralregierung für das Haushaltsjahr 2007/8 mit 58,5 % BIP erneut eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ausweist. Hierbei handelt es sich größtenteils um inländische Verbindlichkeiten in Form der von den Banken gehaltenen Schatzbriefe, während die Ende Dezember bei 201 Mrd. USD liegenden Auslandsschulden überwiegend langfristiger Natur sind und zudem deutlich unter den Währungsreserven der Zentralbank liegen, die im Frühjahr 2008 die 300 Mrd. USD-Schwelle überschritten. Nur weniger als 50 % der gesamten Auslandsverschuldung sind allerdings staatlichen Ursprungs - im Ausland aufgenommene Unternehmenskredite sowie die Einlagen der indischen Diaspora bilden die beiden größten Posten.

Die Kritik an der Fiskalpolitik der indischen Regierung konzentriert sich neben dem politisch-diskretionären Ausgabeverhalten vor allem auf die ausbleibende grundlegende Steuerreform, die weiterhin zu geringe steuerliche Erfassung und das Dickicht der vielen Ausnahmenregelungen, welche im vergangenen Fiskaljahr zu Mindereinnahmen in der Größenordnung von umgerechnet 6,6 Mrd. € führten. Ein weiterer chronischer

Schwachpunkt bleibt das intransparente und marktverzerrende System der direkten und indirekten Subventionen, was den indischen Staat zunehmend teurer zu stehen kommt und dessen Steuerfähigkeit durch den jüngsten Ölpreisschock ernstlich in Frage gestellt wurde.

2. Geldpolitik

Die Geld- und Währungspolitik der *Reserve Bank of India (RBI)*, die als Zentralbank über einem relativ hohen Grad von politischer Unabhängigkeit verfügt, blieb 2007/8 vom Bemühen gekennzeichnet, die für die Fortsetzung der Hochwachstumsphase notwendige Liquidität bereitzustellen, gleichzeitig aber den sich verstärkenden Preisauftrieb bzw. die inflationären Erwartungen zu konterkarieren sowie den anhaltenden Aufwertungsdruck auf die Rupie zu mildern. Dieser hat die Wettbewerbsfähigkeit indischer Exporte deutlich beeinträchtigt und nach Angaben des Wirtschaftsministeriums im vergangenen Haushaltsjahr zum Verlust von rd. 1 Mio. Arbeitsplätzen vor allem in den traditionellen Exportbranchen Textilien, Lederwaren und Kunsthandwerk geführt. Allein im ersten Quartal 2008 kaufte die Zentralbank über 20 Mrd. USD auf, um hier gegenzuhalten.

Auch 2007/8 erhöhte sich die Geldmenge M3 aufgrund steigender Kreditnachfrage von Unternehmen und Haushalten sowie hoher Auslandszuflüsse schneller als vorgesehen – bis Januar 2008 um 22,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, während die RBI einen Korridor von 15-17 % für das gesamte Haushaltsjahr angestrebt hatte. Um Liquidität abzuschöpfen, sah sich die Zentralbank zur mehrfachen Erhöhung der Mindesteinlagen der Geschäftsbanken und der Leitzinsen genötigt. Auch die ausländische Kreditaufnahme der Unternehmen wurde im Sommer 2007 nachhaltig eingeschränkt, für den Dienstleistungssektor sowie Infrastrukturunternehmen Ende Mai 2008 aber wieder gelockert. Angesichts zweistelliger Inflationswerte wurde der Leitzins im Juni 2008 erneut auf 8,5 % angehoben.

Die indische Währung ist seit 1994 teilkonvertibel. Ob im gegenwärtigen konjunkturellen Umfeld die nach dem Stufenplan der Zentralbank bis 2010/11 vorgesehene uneingeschränkte Kapitalkonvertibilität der Rupie wirklich Aussicht auf Umsetzung hat, wird auch davon abhängen, ob bis dahin substanzielle Fortschritte bei der Entwicklung des Finanzmarktes wie die Zulassung von Pensionsfonds oder die Aufhebung der Begrenzungen für ausländische Investitionen bei Banken und Versicherungen möglich sind.

3. Strukturpolitik

Das anhaltende kräftige Wachstum der letzten Jahre hat die bestehenden sozialen, sektoralen und regionalen Ungleichgewichte stärker hervortreten lassen und das Bewußtsein für die strukturellen Defizite der indischen Volkswirtschaft geschärft. Die im 11. Fünfjahresplan enthaltenen strukturpolitischen Akzente der Regierung zielen darauf ab, diese Ungleichgewichte abzubauen und ein hohes Wachstum auf breiter Basis zu verstetigen, das alle Bevölkerungsschichten und alle Wirtschaftsbereiche einschließt.

Ein Kardinalproblem bleibt die rückständige Landwirtschaft mit ihren stagnierenden Erträgen, die ungeachtet ihres kontinuierlich rückläufigen BIP-Anteils für die überwiegende Mehrheit der ungelerten Arbeitskräfte weiterhin die einzige Erwerbsquelle darstellt. Neben einer höheren Produktivität der Landwirtschaft sollen die verschiedenen zentralstaatlichen Großprogramme („flagship programmes“) zur ländlichen Entwicklung (Straßenbau, Elektrifizierung, Wasserversorgung/Bewässerung, Schul- und Gesundheitswesen usw.), welche die investive Seite des Budgets bestimmen, dabei zugleich die Voraussetzungen für

die dringend benötigten nicht-agraren Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande schaffen. Für die unter dem ländlichen Entwicklungsplan „Bharat Nirman“ zusammengefassten Maßnahmen sind im Haushalt 2007/8 Mittel in Höhe von umgerechnet ca. 3,7 Mrd. € bereitgestellt, was einer Steigerung von 31,6 % gegenüber dem Vorjahresansatz entspricht.

Weiterer strukturpolitischer Schwerpunkt ist die Schaffung industrieller Arbeitsplätze. Dazu will die Regierung noch in diesem Sommer eine „Manufacturing Policy“ verabschieden, die zu einer Verstärkung des Wachstums des verarbeitenden Gewerbes in der Größenordnung von 12-14 % führen soll. Gegenwärtig trägt dieses nur ca. 15% zum BIP bei – nach Ansicht der Regierung bräuchte Indien aber einen Anteil von 35%, auch um einer zunehmenden Importabhängigkeit bei Konsumgütern vorzubeugen.

Alle Prognosen sehen in den gravierenden Infrastrukturdefiziten ein Haupthindernis für die längerfristige Fortschreibung der hohen Wachstumsraten. Der von der Regierung für den laufenden Fünfjahresplan hier errechnete Kapitalbedarf wurde wiederholt nach oben korrigiert und wird inzwischen auf beeindruckende 500 Mrd. USD beziffert, d.h. auf 100 Mrd. USD pro Haushaltsjahr, von denen jeweils 30 Mrd. von privaten Investoren im Rahmen von „Public Private Partnerships“ (PPP) aufzubringen wären. Der aktuelle Haushalt gibt allerdings keinen Aufschluß, wo die von öffentlicher Seite zu finanzierenden 70 Mrd. herkommen sollen, was mehr als der Hälfte des veranschlagten staatlichen Ausgabevolumens entspricht. Ohne eine Öffnung der Finanzmärkte und eine Mobilisierung von Pensions- und Versicherungsfonds in die Infrastrukturfinanzierung werden diese ehrgeizigen Planziele kaum zu erreichen sein.

4. Außenwirtschaftspolitik

Aufgrund der aufgewerteten Rupie wurde das von der Regierung für 2007/8 gesetzte Exportziel von 160 Mrd. USD mit 155 Mrd. knapp verfehlt. Auf Dollar-Basis bedeutete dies eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 23 %; auf Rupie-Basis waren es hingegen nur 9,4%. Für das laufende Haushaltsjahr wurde die Zielmarke auf 200 Mrd. USD angehoben.

Die gezielte Stärkung der Exportleistung durch eine Diversifizierung der Warenstrukturen hin zu höher veredelten Produkten sowie durch gezielte Exportförderprogramme für einzelne Branchen wie Textilindustrie, Kfz.-Komponenten oder IT-Dienstleistungen ist ein zentrales Element in den Bemühungen der Regierung um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diesem Ziel dient auch die seit 2005 gesetzlich geregelte Einrichtung von steuer- und zollrechtlich begünstigten Sonderwirtschaftszonen (SEZ) nach chinesischem Vorbild. Allerdings hat die Zentralregierung den Bestrebungen mehrerer Bundesstaaten, das der Ansiedlung von beschäftigungsintensiven Branchen im Wege stehende industrielle Arbeitsrecht in ihren SEZ auszusetzen, im Mai 2008 eine klare Abfuhr erteilt. Ferner haben mehrere gewalthaft eskalierte Konflikte mit der Landbevölkerung über die Überlassung von zuvor landwirtschaftlich genutzten Flächen für größere Industrie-Projekte sowohl bei der Politik als auch bei den Investoren einstweilen für größere Zurückhaltung hinsichtlich der Beantragung und Genehmigung neuer Sonderwirtschaftszonen gesorgt. Die Regierung hat eine umfassende Überprüfung der rechtlichen Grundlagen und der Ausführungsbestimmungen angekündigt. Ob es angesichts der auch im Kabinett auseinanderstrebenden Meinungen vor den Wahlen noch dazu kommen wird, bleibt abzuwarten.

Bei den Auseinandersetzungen um einen Abschluß der Doha-Runde der WTO nimmt Indien weiterhin eine Schlüsselrolle ein, auch wenn es die Versuche einer Annäherung der Positionen der Industrie- und der Schwellenländer über die Gespräche im G4-Format im

Sommer 2007 selbst platzen ließ. Generell hat die indische Verhandlungsführung bislang kaum eigene konstruktive Beiträge für eine Überbrückung der Gegensätze geliefert, sondern vor allem die eigenen politischen Sachzwänge (Schutz von Millionen von Subsistenzbauern sowie von „infant industries“) betont und vorherige substantielle Zugeständnisse der USA und der EU als Voraussetzung für die eigene Marktöffnung eingefordert.

Parallel zu den WTO-Verhandlungen hat Indien in den letzten Jahren den Abschluß bilateraler und multilateraler Freihandels- und Kooperationsabkommen mit seinen wichtigsten Handelspartnern vorangetrieben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Großraum Asien-Pazifik, der bereits gut die Hälfte der indischen Exporte aufnimmt. Im Rahmen dieser noch auf die Vorgängerregierung zurückgehenden und von Premierminister Manmohan Singh bekräftigten „Look-East“-Politik wurden mit Sri Lanka, Thailand und Singapur bereits Freihandelsabkommen abgeschlossen und (partiell) in Kraft gesetzt. Gegenüber ASEAN konnte man sich bislang noch nicht auf eine Negativliste sensitiver Agrarprodukte einigen. Die im Rahmen der südasiatischen Regionalorganisation SAARC formal am 01.01.2007 in Kraft getretene südasiatische Freihandelszone SAFTA hingegen entfaltete wegen indisch-pakistanischer Spannungen (Pakistan verweigert ind. Einfuhren die Meistbegünstigung) bislang kaum Wirkung.

Auch mit Japan und Korea, beide wichtige Herkunftsländer für Investitionen, verhandelt Indien nunmehr über Freihandelsabkommen; gegenüber dem Drängen Chinas auf gegenseitige Marktöffnung bestehen hingegen noch erhebliche Vorbehalte, da man eine Überflutung mit industrieller Massenware zu Dumpingpreisen befürchtet.

Mit der EU als seinem wichtigsten Aussenhandelspartner verhandelt Indien seit Juni 2007 über ein umfassendes Freihandels- und Kooperationsabkommen. Diese Verhandlungen schreiten bislang nur langsam voran, u.a. weil Indien zuvor vereinbarte und für die EU wichtige Abkommensbestandteile wie öffentliche Ausschreibungen wieder ausklammern will. Auch die erst im April 2008 vorgelegte umfangreiche indische Negativliste mit den Schwerpunkten Agrarprodukte, Textilien sowie Kfz. und -komponenten berührt z.T. zentrale europäische Handelsinteressen und lässt einen baldigen Abschluß wenig wahrscheinlich erscheinen.

5. Ausblick

Nach der Indien-Euphorie der letzten Jahre fallen die in jüngster Zeit veröffentlichten Prognosen unter dem Eindruck der konjunkturellen Eintrübungen und der hohen Inflationsrate, der ungelösten Strukturprobleme des Landes, vor allem aber aufgrund des nachlassenden Reformwillens und der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Politik wieder verhaltener aus. Sicherlich wird Indien nicht in die „Hindu rate of growth“ zurückfallen, und es wird mit seinen komparativen Kostenvorteilen und seinem riesigen Binnenmarkt auch weiterhin für ausländische Investitionen hochattraktiv bleiben.

Ob es aber seine im 11. Fünfjahresplan formulierten Wachstums- und Beschäftigungsziele tatsächlich erreichen und die postulierte „demographische Dividende“ einlösen kann, wird maßgeblich von der Beharrlichkeit der Regierung(en) abhängen, die Priorität dieser langfristigen Entwicklungsziele im zunehmend zerfasernenden politischen Willensbildungsprozeß durchzusetzen und nicht temporären Opportunitätserwägungen zu opfern. Hier, im Bereich der „governance“, der auch die schwerfällige und nur langsam an ein Dienstleistungsdenken zu gewöhnende Bürokratie einschließt, liegen wohl die größten Herausforderungen Indiens auf dem eingeschlagenen Weg zur wirtschaftlichen Großmacht des 21. Jahrhunderts.

Wirtschaftsdatenblatt Indien

Berichtsjahr: 2007-2008 (1. April-31. März)

Stand: 30. Juni 2008

INDIEN/Republic of India	2006/07	2007/08
Bevölkerung im Mio.	1122	1138
Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt zu Marktpreisen	902 Mrd. USD 566 Mrd. EUR	1025 Mrd. USD 642 Mrd. EUR
Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt (in Preisen von 1999-2000)	741 Mrd. USD 465 Mrd. EUR	743 Mrd. USD 466 Mrd. EUR
Reales Wachstum in v.H.(zu Marktpreisen)	15,8%	13,6%
Reales Wachstum in v.H.(in Preisen von 1999-2000)	9,6%	9%
(Die prozentualen Wachstumsraten beziehen sich auf die Zahlen in indischen Rupees.)		
BIP/Kopf (Zu Marktpreisen)	706 USD 442 EUR	793 USD(+12,3%) 497 EUR
Preissteigerungsrate	5,6%	4,4% (z.Zt. über 11%)
Umfang Staatshaushalt in % des BIP	14%	15%
Saldo Staatshaushalt in % des BIP (Haushaltsdefizit auf Unionsebene)	3,5%	3,1%
<u>Außenwirtschaft</u>		
Export	126 Mrd. USD 84 Mrd. EUR	155 Mrd. USD (+23%) 119 Mrd. EUR
Import	186 Mrd. USD 124 Mrd. EUR	236 Mrd. USD (+27%) 181 Mrd. EUR
Saldo Leistungsbilanz	-9,8 Mrd. USD	-16,05 Mrd. USD (Apr.-Dez. 2007)
Stand Internationaler Verschuldung	170 Mrd. USD	201 Mrd. USD (Dez. 2007)
Währungsreserven	315 Mrd. USD (30. Mai 2008)	
Schuldendienst in % des BIP	4,8%	5,9%
<u>Bilaterale Beziehungen</u>	2006	2007
Export nach Deutschland	4218 Mio. EUR	4722 Mio. EUR
Import aus Deutschland	6364 Mio. EUR	7354 Mio. EUR
Außenhandel mit EU		

EU Exporte nach Indien	24,4 Mrd. EUR	29,4 Mrd. EUR
EU Importe aus Indien	22,6 Mrd. EUR	26,2 Mrd. EUR
Akkumulierter Bestand (zugeflossener) deutscher Direktinvestitionen im Gastland	1,5 Mio. USD/991 Mio. EUR (April 2000-März 2008)	
	2006-07	2007-08
Nettozufluss deutscher Direktinvestitionen	120 Mio. USD 80 Mio. EUR	514 Mio. USD 305 Mio. EUR
Investitionsschutzabkommen vom	05.06.1997 in Kraft	
Doppelbesteuerungsabkommen vom	19.12.1996 in Kraft	

Den Zahlenangaben liegen folgende Umrechnungskurse zugrunde:
Ind.Rs./USD: 42 und Ind. Rs./EUR: 67